

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 96 846 ppbn d
Telefax: 21 08 04

Inhalt

Reinhold Hiller MdB
zum Wirken staatlich
unterstützter Vertrieben-
enorganisationen:
Anschläge gegen die
deutsch-polnischen
Verträge. Seite 1

Hermann Haack MdB
zur Notwendigkeit, den
Artikel 16 unserer Ver-
fassung zu verteidigen:
Wie die Mütter und
Väter des Grundgeset-
zes über das Asylrecht
diskutierten. Seite 3

Armin Lang MdL zu der
vom Bundeskabinett
beschlossenen Neure-
gelung der Zuzahlung
bei Arzneimitteln ohne
Festbetrag: Schlimmer
Aderlaß für die Kran-
ken. Seite 4

Dokumentation

Professor Rolf Wern-
stedt, niedersächsi-
scher Kultusminister,
sprach über die Aus-
einandersetzung mit
dem Rechtsextremis-
mus: Den Geschwi-
stern Scholl verpflich-
tet. Seite 5

46. Jahrgang / 181

20. September 1991

Anschläge gegen die deutsch-polnischen Verträge Zum Wirken staatlich unterstützter Vertriebenenorganisationen

Von Reinhold Hiller MdB

Der Bund der Vertriebenen und zahlreiche andere Berufsvertriebene - unter ihnen auch der sogenannte "Ständige Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen", zu dem auch die Landsmannschaft Pommern gehört -, führen eine verurteilungswürdige Kampagne gegen die deutsch-polnischen Verträge und für eine Politik des Revisionismus.

Auch Dr. Philipp von Bismarck hat seine Unterschrift im Namen der Landsmannschaft Pommern für diese Kampagne gegen Versöhnung und das friedliche Zusammenleben der beiden Völker hergegeben.

Wer an den Grenzen Polens zweifelt, wer "Eigentumsansprüche" in Polen geltend macht, wie dies von den Berufsvertriebenen getan wird, wer über das Minderheitenrecht hinaus, einer Germanisierung ganzer Regionen in Polen das Wort redet, bedroht Polen in seinem Bestand, schürt Ängste und provoziert Gegenreaktionen.

Die bisherige Entwicklung, insbesondere im früheren Schlesien, bestätigt bedauerlicherweise, wie realistisch und berechtigt die Angst der Polen ist. Gerade die vom Bund der Vertriebenen und einigen seiner Mitgliedsorganisationen unterstützten sogenannten deutschen Heimatvereine praktizieren eine Ausgrenzungspolitik gegenüber den Polen. "Polen haben kein Heimatrecht in Schlesien" steht auf Flugblättern. Bei Benutzung der polnischen Sprache wird die Bedienung in Geschäften und Ämtern von "Deutschstämmigen" verweigert. Polen haben Angst vor Repressalien, wenn sie sich zu solchen Lebenssituationen äußern sollen.

Nachdem die Polen im Zuge der deutschen Einheit erleben konnten, was geschieht, wenn in Deutschland "Alteigentümer" ihre "Ansprüche" geltend machen, müssen sie zurecht Angst vor der Zukunft haben. Die vermeintlichen Ansprüche der Vertriebenen an privatem Eigentum in Polen müssen endgültig vom Tisch, der Versuch, 1945 zu revidieren, endlich beendet werden. Die Vertriebenen haben in der Bundesrepublik in den letzten 40 Jahren mehrere Milliarden DM in Form von Lastenausgleich, verbilligten Krediten, Eingliederungshilfen, Kulturförderung usw. bekommen, jetzt noch einmal die Rechnung gegenüber den Polen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

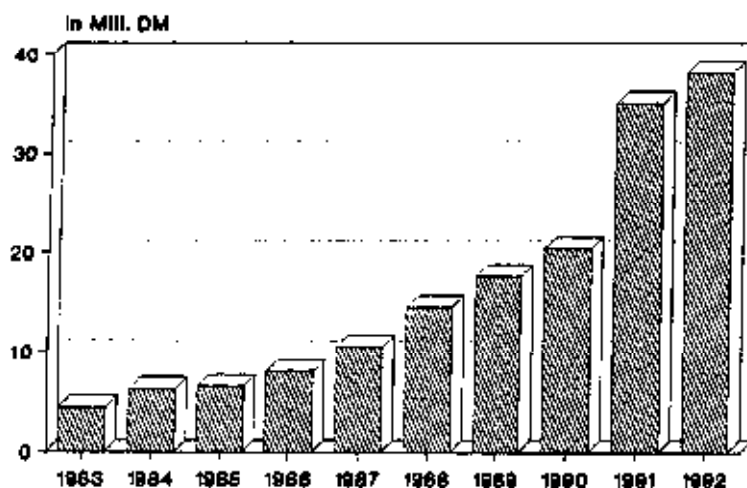
Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verlegerischer Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



aufzumachen und Wiedergutmachung zu fordern, dazu gehört schon eine Marga. Immerhin haben die Deutschen die Polen überfallen und nicht umgekehrt. Gerade die Regierung Kohl hat bei der Vertriebenenförderung kräftig zugeschlagen, selbst jetzt, wo alle Opfer für die deutsche Einheit bringen müssen. Bei den Vertriebenen wird der Etat verdoppelt, während für vieles in Ostdeutschland kein Geld vorhanden ist.

Entwicklung der Kulturförderung der Vertriebenen seit der Wende



Endlich, 46 Jahre nach Kriegsende, sollte auch den Polen die Sicherheit ihrer Grenzen und ihres Grund und Bodens sowie des dazugehörenden Eigentums garantiert sein, ohne wenn und aber. Das heißt auch ohne einen privatrechtlichen Vorbehalt, wie er leider nach bundesdeutscher Rechtsauffassung nach dem Warschauer Vertrag immer noch aufrechterhalten wurde.

(-/20. September 1991/rs/fr)

**Wie die Mütter und Väter des Grundgesetzes über das Asylrecht
diskutierten**

Zur Notwendigkeit, den Artikel 16 unserer Verfassung zu verteidigen

Von Hermann Haack MdB

Als die Mütter und Väter des Grundgesetzes in der Schlußabstimmung des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz mit 53 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen annahm, hatten sie nicht zuletzt auch eine heftige Diskussion darüber hinter sich, unter welchen Voraussetzungen ein Asylrecht und der Schutz vor Auslieferung ins Grundgesetz aufgenommen werden sollten.

Wie der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen, Dr. von Mangoldt (CDU) in der 4. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen am 23. September 1948 betonte, ging der Redaktionsausschuß bei der Behandlung des Asylrechts vom Völkerrecht aus. Während in der durch die Vereinten Nationen verabschiedeten Erklärung der Menschenrechte der Artikel 12 jedoch festlegte, daß "bei Verfolgung (...) jede Person das Recht (hat), in einem anderen Land Asyl zu suchen und zu erhalten", konkretisierte der Redaktionsausschuß: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts."

Eine ausführliche Diskussion darüber, ob das Asylrecht an bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft werden sollte, erfolgte in der 1. Lesung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 4. Dezember 1948. In dieser Sitzung äußerte Dr. Fecht (CDU) die Befürchtung, daß ein Asylrecht dazu verpflichten könnte, auch politisch unliebsame Personen wie "Faschisten, die in Italien politisch verfolgt werden", aufzunehmen.

Dem entgegnete Dr. Schmid (SPD): "Asylrecht bedeutet nicht, daß derjenige, der es in Anspruch nimmt, Freizügigkeit genießt. Gewährung von Asyl ist sehr häufig mit Stellung unter Polizeiaufsicht verbunden, wobei die Polizeiaufsicht die doppelte Funktion hat, einmal den aufnehmenden Staat zu schützen und weiter den Aufgenommenen zu schützen. Ob man das Asylrecht, wenn man es wirksam machen will, auf bestimmte Gruppen beschränken kann, weiß ich nicht. Die Asylrechtgewährung ist immer eine Frage der Generosität, und wenn man großzügig sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben. Das ist die andere Seite davon, und darin liegt vielleicht auch die Würde eines solchen Aktes."

Gegen den Versuch, das Asylrecht nur dann zu gewähren, wenn der Betreffende ein "aufrechter Kämpfer für die Demokratie" war, wehrte sich auch das Mitglied des Rates, Renner (KPD): "Daß man aber im 20. Jahrhundert als politisch reifer Mensch und Demokrat überhaupt den Gedanken aussprechen kann, es sei notwendig, das Asylrecht einzuengen, das geht weit über mein Begriffsvermögen hinaus." (2. Lesung des Hauptausschusses am 19. Januar 1949).

In der gleichen Sitzung betonte auch Wagner (SPD) noch einmal, daß man vorsichtig mit dem Versuch sein sollte, das Asylrecht einzuschränken und seine Gewährung von eigener Sympathie oder Antipathie und von der politischen Gesinnung dessen abhängig zu machen, der Asyl sucht. Wörtlich sagte er: "Das wäre dann kein unbedingtes Asylrecht mehr, das wäre ein Asylrecht mit Voraussetzungen, mit Bedingungen, und eine solche Regelung wäre in meinen Augen der Beginn des Endes des Prinzips des Asylrechts überhaupt. Entweder wir gewähren Asylrecht, ein Recht, das, glaube ich, rechtshistorisch betrachtet, uralte ist, oder aber wir schaffen es ab."

In seiner vierten Sitzung am 5. Mai 1949 nahm der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates die heutige Fassung des Artikels 16 einstimmig an, ohne nähere Bedingungen festzuschreiben.

Daß unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor allem die Diskussion um die Voraussetzungen zur Gewährung von Asyl an politisch Verfolgte im Vordergrund der Diskussion stand, ist einleuchtend. Die Protokolle des Parlamentarischen Rates machen deutlich, daß es bei der Ausformulierung des Artikel 16 keine Rolle gespielt hat, ob jemals Wirtschaftsflichtlinge das Asylrecht mißbrauchen könnten. Wer daraus allerdings den Schluß zie-

hen wollte, daß der Artikel 16 deshalb heute geändert oder gar abgeschafft werden sollte, der sollte sich hüten. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates haben eindeutig festgelegt, daß das Asyl ohne jede Vorbedingung an politisch Verfolgte gewährt werden soll. Als Grundrecht hat das Asyl solange seine Funktion, wie es auf dieser Welt auch nur einen einzigen politischen Flüchtling gibt.

Dennoch besteht kein Zweifel, daß der Zustrom von Flüchtlingen die Bundesrepublik vor große Probleme stellt. Diese müssen allerdings gelöst werden, ohne das Asylrecht anzutasten. Wir können das Problem der Zuwanderung zukünftig nur lösen in Abstimmung mit den anderen europäischen Ländern, zum Beispiel durch ein europäisches Einwanderungsgesetz. Ein diskutierenswerter Vorschlag ist dabei sicherlich auch eine notwendige stärkere Gewichtung des Amtes des beziehungsweise der Ausländerbeauftragten.

(-/20. September 1991/rs/fr)

Schlimmer Aderlaß für die Kranken

Zu der vom Bundeskabinett beschlossenen Neuregelung der Zuzahlung bei Arzneimitteln ohne Festbetrag

Von Armin Lang MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag

Wenn ab Januar 1992 die Selbstbeteiligung bei festbetragsfreien Arzneimitteln von jetzt 3,00 DM auf dann maximal 10,00 DM steigt, hat das negative Folgen für die soziale Gerechtigkeit.

Die SPD bleibt bei ihrer Forderung nach einer Neuordnung des Arzneimittelmarktes. Dazu muß die Erhöhung der Selbstbeteiligung erst einmal vermieden werden.

Die jetzt geltende Selbstbeteiligung von 3,00 DM (im Westen) und 1,50 DM (im Osten) sollte auf drei weitere Jahre so festgeschrieben werden.

Die Zielsetzung des sogenannten Gesundheitsreformgesetzes, rund 80 Prozent des Arzneimittelmarktes der kassenärztlichen Versorgung durch Festbeträge abzudecken, ist gescheitert. Bis zum Ende des Jahres 1991 waren nur rund 30 Prozent des Arzneimittelmarktes mit Festbeträgen abgedeckt sein. Damit ist klar, daß eine umfassende Versorgung der Versicherten mit qualitativ hochstehenden, sicheren und preiswürdigen Arzneimitteln auf diesem Wege nicht möglich ist.

Es ist erforderlich, Zeit zu gewinnen für eine grundlegende Neuordnung des Arzneimittelmarktes. Die SPD favorisiert nach wie vor eine Positiv-Liste hochwertiger und preiswerter Arzneimittel, die über die Krankenversicherungen zu bezahlen sind. Diese Idee gewinnt - gerade vor dem Hintergrund des Scheiterns des CDU/FDP-Modells - in Fachkreisen immer mehr Freunde.

Während einer Frist von drei Jahren sollte die bisherige Selbstbeteiligungsregelung bestehen bleiben, weil man die Kranken nicht das Scheitern der Gesundheitsreform ausbaden lassen kann.

(-/20. September 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Den Geschwistern Scholl verpflichtet

Der niedersächsische Kultusminister Prof. Rolf Wernstedt machte anlässlich der Namensfeier der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Göttingen programmatische Ausführungen zur Zurückweisung rechtsextremistischer Aktivitäten in Deutschland.

Wer sich entschließt, den Namen der Geschwister Scholl zur Benennung seiner Schule zu wählen, nimmt eine große Verantwortung und Verpflichtung auf sich, denn 50 Jahren nach der Hinrichtung der Geschwister und der Zerschlagung der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" ist es nicht selbstverständlich, mit der demonstrativen Namensgebung in den Zusammenhang des antifaschistischen Widerstandes pädagogisch einzutreten. Ich möchte der Schule, das heißt den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und auch dem Schulträger gratulieren, daß sie diesen Willen so eindeutig demonstriert.

Daß die Suche nach einem angemessenen Namen im Zusammenhang mit den im südniedersächsischen Raum sich kontinuierlich haltenden rechtsextremistischen Aktivitäten zu verstehen ist, habe ich verstanden. Der Abscheu und die Beteuerung, dagegen mit allen zu Gebote stehenden rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen, ist politisch selbstverständlich und beinahe wohlfeil. Aus bildungspolitischer und pädagogischer Sicht stellt sich diese Problematik aber komplexer.

Drei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg und der von der herrschenden Eliten Deutschlands selbstverschuldeten Katastrophe Europas und auch des eigenen Volkes ist nicht automatisch davon auszugehen, daß die Erfahrungen von Unrecht, staatlichem Verbrechen und Unfreiheit von den nachwachsenden Generationen ohne weiteres rezipiert werden. Jede neue Generation muß ihren eigenen Zugang zu den historischen, politischen, kulturellen und moralischen Dimensionen des Nationalsozialismus und des Widerstandes gegen ihn finden. Durch bloße Wiederholung von Erkenntnissen allein, auch dann, wenn sie richtig sind, ist es nicht getan. Die rituelle antifaschistische Erziehung der DDR hat ja dialektisch offenbar genau das Gegenteil von dem bewirkt, was sie vorgab zu wollen. Auch die Phase, mit Faschismustheorien an westdeutschen Schulen didaktisch Nachhaltiges zu bewirken, ist als ein untauglicher Versuch der pädagogischen Aufarbeitung zu bewerten.

In den 80er Jahren hat es im Zusammenhang mit den Jahrestagen der 50jährigen Wiederkehr der sogenannten Machtergreifung, des 40. Jahrestages der Kapitulation und der Befreiung der Konzentrationslager und anderer Gedenktage eine intensive Hinwendung von lokalen Initiativen und Gedenkstättengruppen zu örtlichen Problemen des Nationalsozialismus und seiner Geschichte und Folgen gegeben. Dies ist offenbar ein neuer ertragreicher didaktischer Zugang zur Problematik historischen Verstehens und seiner politischen Beurteilung. In dieser Phase sind wir heute noch. Es gibt im Lande viele Gruppen von Schülerinnen und Schülern und Jugendlichen, die mit Hilfe von Lehrkräften, kirchlichen Gruppen, Gewerkschaften oder Interessierten Personen lokalgeschichtliche Pionierarbeit geleistet haben und auch leisten. Dort, wo wissenschaftliche Kräfte beteiligt sind, ist auch ein echter Forschungsertrag entstanden. Dies hat in verschiedenen Regionen auch verschiedene Dimensionen.

Ich erinnere mich sehr gut, welches Aufsehen es in den 60er Jahren gemacht hat, als Studenten der Universität Göttingen die ideelle und gedankliche Verstrickung Göttinger Professoren im Nationalsozialismus erstmals öffentlich machten. In der Region Göttingen ist aber auch anzuschließen an die erst in den 80er Jahren ins Bewußtsein gerückte Thematik des Jugendkonzentrationslagers Moringen. Und sehr weit weg ist ja auch nicht Nordhausen-Dora, wo es um den Erhalt der in den Stollen des Berges eingelassenen V-1- und V-2-Fabrikationsanlagen geht. Wir wissen, daß in einigen Stollen auch heute noch die zugesprenkten Leichen liegen.

Über Antifaschismus zu reden, ist mehr, als die Alternative Arbeitsstätten oder Gedenkstätten aufzuzeigen. Im Geiste der Geschwister Scholl muß diese Alternative zurückgewiesen werden. Die Beobachtung rechteradikaler Jugendlicher und ihres Umfeldes zeigt immer wieder, daß der Kern der Jugendlichen und der hinter ihnen stehenden Erwachsenen unbalehrbar einzuschätzen ist. Daß strafrechtlich relevante Tatbestände wie Gewalt oder gar Mord wie in der Neujahrsnacht hier in Göttingen-Rosdorf verfolgt werden, ist selbstverständlich.

Aufklärung bedeutet, die Jugendlichen und Heranwachsenden in ihrer Haltung resistent gegen derartige Zumutungen zu machen und sich so entwickeln zu lassen. Aufklärung bedeutet auch, sprachlich und argumentativ kompetent zu werden und aktuelle Probleme verständlich zu erklären und zu bearbeiten. Heutige Probleme, die durch die Anwesenheit von Millionen Ausländern, Hunderttausenden von Asylsuchenden und auch Andersdenkenden entstehen, sind ein bildungspolitischer Auftrag auch im Sinne der Geschwister Scholl und der Weißen Rose. Dinge, wie ich sie neulich aus einer Ostberliner Schule gehört habe, müssen dringend aufgearbeitet werden: Eine farbige Schülerin beschwerte sich bei der Lehrerin, daß Mitschüler sie wegen ihrer Hautfarbe gehässig und rassistisch beschimpften. Die Antwort der Lehrerin war, daß man in einer Demokratie sich so etwas gefallen lassen müsse, weil Meinungsfreiheit bestehe. Dies ist ein grobes Mißverständnis rechtsstaatlicher demokratischer Verfassung und Zustände.

Die Geschwister Scholl in den Namen einer Schule zu holen, birgt eine tiefe Verantwortung in sich. Denn es wäre eine heillose Überforderung auch wohl ein Mißverständnis, den Opfergang der Scholls unmittelbar als Vorbild wirken lassen zu wollen. Das, was man aus ihrem Weg sehen und auch wohl nachempfinden kann, ist die Tatsache, daß es für eine wirksame politische Änderung auch zu spät sein kann und daß dann am Ende das individuelle ethisch oder religiös begründete Opfer steht. Zu verhindern, daß jemals wieder in Deutschland und woanders junge Menschen in eine solche Situation geraten, ist das sittliche und politische Vermächtnis dieser jungen Menschen.

Wir haben eine Gesellschaft in Deutschland, in der es keiner außergewöhnlichen Anstrengungen bedarf, seine - auch widersprechende - Meinung zu äußern. Demokratische Gesellschaften sind langfristig nur dann gesichert, wenn es keiner heldischen Mühen bedarf, um Mißstände aufzudecken, zu verändern oder Verbesserungen öffentlich zu bewirken.

Das deutsche Volk hat in diesem Jahrhundert zweimal den Versuch erlebt - und beim Nationalsozialismus auch geduldet und in großen Teilen auch gewollt - soziale, wirtschaftliche und politische Probleme mit einfachen Antworten zu lösen. Der nationalsozialistische Versuch ist kläglich gescheitert. Das faschistische Regime hat dem eigenen Volk unendliche Wunden geschlagen und der ganzen Welt, den Nachbarn, den Juden, sich unvergeßlich schrecklich in die Erinnerung eingegraben. Ich war vor wenigen Wochen in Oslo und habe im Rathaus der Stadt die historische Wandmalerei gesehen, die jeder norwegische Schüler und jede Schülerin einmal in ihrer Schulzeit gesehen haben muß. Daß die Geschwister-Scholl-Gesamtschule sich dieser komplizierten Problematik programmatisch stellt, ehrt sie, Ihr dies zu sagen und damit auch - sofern dies mit dem Amt des Kultusministers verbunden ist - eine gewisse Anerkennung auszusprechen, bin ich der heutigen Einladung gern gefolgt und bin deswegen auch hier.

(-/20. September 1991/rs/fr)
